

in 80. Jahr
wie Bemerkungen
Qualitäten zu
ITZKI,
mit beständigen
fest zu
euendorf
er Vorstand
estfallshäuser
meine Söhne
d. d. 4. August
Schlossen.
Hdmühle
Marggrabowa
is Kalche
Nachz.
ausgelegte
Stadtgebiete
insteckte
reisen
Löschen
umweltfreund
eine legende
der
anborden
Bretschneider

Marggrabowa, Wart 5-6, Telefon Nr. 60.
Die Ausgabe der "Danziger Zeitung" reicht für alle anderen
Zeitung zu Originalpreisen.

Oleckoer Zeitung.

Allgemeiner Anzeiger für die Stadt

Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
tagen und Feiertagen. Der Bezugspreis beträgt: Vor der Gründungsfeier abgeschlossen:
monatlich M. 8.— wöchentlich M. 9.— Durch den Zeitungsbote: monatlich:
M. 8.— wöchentlich M. 9.— Vor der Post abgeschlossen: monatlich M. 8.— wöchentlich
M. 9.— Durch den Briefträger: monatlich M. 8.— wöchentlich M. 10.—

Marggrabowa ist eine polnische Stadt im Powiat Olecko, Powiat Olsztyński, wobei sie gleichzeitig die Hauptstadt des Powiat Olecko ist. Sie liegt an der Weichsel, etwa 10 km südlich von Olsztyn. Die Stadt hat eine lange Geschichte und war ein wichtiger Handelsplatz im 13. Jahrhundert. Im 14. Jahrhundert wurde sie Teil des Königreichs Polens. Im 15. Jahrhundert wurde sie Teil des Herzogtums Pomerania. Im 16. Jahrhundert wurde sie Teil des Herzogtums Prusien. Im 17. Jahrhundert wurde sie Teil des Königreichs Preußen. Im 18. Jahrhundert wurde sie Teil des Königreichs Preußen. Im 19. Jahrhundert wurde sie Teil des Deutschen Kaiserreichs. Im 20. Jahrhundert wurde sie Teil des Zweiten Weltkriegs. Im Jahr 1945 wurde sie Teil des polnischen Staates.

Marggrabowa und den Kreis Olecko.

Anzeigen werden mit 60 Pf. die 6 geprägte Kleinseite oder deren Raum.
Postkarten-Anzeigen mit 10 Pf. die 6 geprägte Kleinseite kostet.
Die 3 geprägte Kleinseite kostet
 können nur bis 6 Uhr abends vor dem Ausgabetermin der Zeitung angenommen werden.
Großere Anzeigen für eine bestimmte Summe erüben wie bereits am Tage werden.

Text und Verlag: G. W. Czajka, Marggrabowa.
Verantwortlich für die Schriftleitung: M. W. Czajka, Marggrabowa.

Nr. 181.

Marggrabowa, Mittwoch, den 4. August 1920

37. Jahrgang.



Die Entscheidung über die Abstimmung verschoben.

Berlin, 31. Juli. Auf Grund hier an zuständiger Stellungnahmen ergibt sich, daß sich die Versammlungen über das Schiff des linken Weichselufers im westlichen Abstimmungsgebiet in Paris sehr schwierig gestalten. Die Interalliierten Kommissionen sind unmittelbar nach der Abstimmung am 25. Juli nach Paris abgereist. Sie haben sich hiermit darauf beauftragt, da's vorgegeben war, daß die Botschafterkonferenz am 25. Juli in die Ferien gehen sollte; Bei der Kommission von Weißrussland der Interalliierten waren die Meinungen innerhalb der Kommissionen des französischen und des italienischen Delegations weitestgehend von einander abweichen. Daß die Kommission auf einem dem englischen Vorschlag nahe kommenden Boden, wonach ein kleiner Teil des Weichselufers mit 5 Drittelstafeln und das Hoheitsrecht über die ganze Weichsel an Polen übergehen soll. Die deutsche Delegation in Paris ist gegenüber diesem Bericht sofort schärfsten Protest bei Botschafterkonferenz eingezogen u. die Unmöglichkeit nachgewiesen, das rechte Polen zu überlassen und damit das gehante bei Deutschland verbleibende weitaus überwiegende Gedanke von der Weichsel anzugeben. Die Entente wurde deswegen gebeten, den Weichsel überzuführen zu lassen nach Niederschlesien.

Wie bereits mitgeteilt wurde im Hinblick auf die Neutralität Deutschlands im Kriege zwischen Polen und Sowjetrussland durch eine Verordnung der Reichsregierung am 25. Juli die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen und Munition, Pulver u. Sprengstoffen sowie anderen Artikeln des Kriegsbedarfs nach beiden kriegerhaften Ländern verboten. Diese Verordnung wurde nunmehr durch eine weitere Verordnung der Reichsregierung vom 30. Juli ergänzt, welche die unter das Verbod fallenden Gegenstände in der Liste einzeln aufzählt.

Die Liste hat folgenden Wortlaut: 1. Massen- und Erbschaften, 2. Flugzeuge und Erbschaften, 3. Kraftwagen und Erbschaften, 4. Betriebsstoffe für Kraftwagen und Flugzeuge, 5. Munition und Munitionsteile, 6. Pulver und Sprengstoffe aller Art, 7. für militärische Zwecke verwendbare schädliche Gase, 8. Panzerung, 9. militärisches Nachrichtengesetz, insbesondere Feldernspredapparate, fahrbare Funkstationen und Blitzeurteile, 10. Pontons, 11. militärische Scheinwerfer, 12. Stacheldraht, 13. Uniformen und sonstige militärische Bekleidung, 14. militärische Ausrüstungsstücke, insbesondere Röppel, Tornister, Patronentaschen, Gasdruckgeräte, Sprengzüge, Fernläser, Richtgeräte und Entfernungsmesser, 15. Feldbäckereien, 16. Feldküchen, 17. fahrbare Militärförderflächen, 18. Werde und Pferdeausstattung, 19. militärische Fahrzeuge für Pferdezug.

Brest-Litowsk von den Russen genommen.

Berlin, 31. Juli. Wie über Helsingfors aus Moskau der "Post" gemeldet wird, haben die russischen Armeen soeben Brest-Litowsk nach kurzen Kampf genommen und setzen weiter. Die Verfolgung der fliehenden Polen ist weiter fort.

Frankreich zu den äußersten Leistungen zur Hilfe für Polen entschlossen.

Berlin, 30. Juli. Dem Berliner "Vossischen Anzeiger" wird aus Paris berichtet: Die gefrorene Sitzung des Ministers war vollständig der polnischen Frage gewidmet. Alle Minister stimmten darin überein, daß der Zusammenbruch Polens einen nicht mehr zu madenden Schlag gegen Frankreich bedeuten würde. Millerand erklärte, daß die polnische Niederlage Polen in den französischen politischen Kreisen hervorgerufen habe. Das Ende Polens bedeutet die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich. Der Rat hat beschlossen, jedes Polen, das die Sowjets schonen könnte, zu unterstellen, und eine große militärische Aktion zugunsten Polens zu unternehmen, sobald wenn diese Aktion für die äußere und innere Lage Frankreichs ungünstige Folgen haben könnte. Der Rat hat von den von Marschall Foch ausgearbeiteten Plänen, die die Landung des alliierten Expeditionskorps in Ostpreußen vorsehen, Kenntnis genommen. Die Antworten der englischen und italienischen Regierung werden noch erwartet, um definitive militärische Maßregeln zu ergreifen.

Vom russisch-polnischen Kriegsaufschluß.
Rönkberg, 1. August. Nach den heute morgen hier vorliegenden Meldungen war die Lage auf dem russisch-polnischen Kriegsschauplatz folgende:

Auf dem linken Flügel ziemlich unverändert. In General südlich Bialystok und im Abschnitt Narow und Minsk sind russische Angriffe durch polnische Freiwilligen-Abteilungen abgewiesen worden.

Südlich der Eisenbahn Bialystok-Brest-Litowsk sind keine Rückschläge im Gange.

Bei Brest-Litowsk keine Veränderungen.

Bei Brody angeblich für Polen günstige Rümpe. An der ostpreußischen Grenze nichts Neues.

Neue polnische Einberufungen.
Paris, 30. Juli. Nach einer Meldung des "Temps" kann man die polnische Regierung neue Rekrutierungen unter die Polen gerufen und alle Reserveoffiziere unter 45 Jahren.

Zwei Anfragen an die Interalliierte Kommission.

"Allgemeine Zeitung" schreibt: Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen. Mr. René, der Vorsitzende unserer Alliierten Kommission, der heute aus Paris zurückgekehrt ist, macht eine Ausnahme. Wie wir von dritter Seite erhielten, weiß er nichts mehr über die Entscheidung, die in Paris über unsere Abstimmungsgebiete getroffen wurde, als was bei uns in den Zeitungen stand. Und das wenige hat er auch erst nach seiner Rückkehr aus den Zeitungsmeldungen erzählt.

Das ist schade, sehr schade. Denn die Bevölkerung unseres Abstimmungsgebietes hat doch festgestellt, ein begründetes Anrecht darauf, keinen Tag länger als nötig, darüber in Ungewissheit gehalten zu werden, was aus ihr werden möcht. Nicht daß wir hier im Allensteiner Abstimmungsgebiet die geringste Besorgnis hätten, zur Polake geschlagen zu werden. Unter Recht könnten wir, als daß daran geäußert werden könnte. Wenn auf nichts weiter anfame, wie wir würden uns geduldig damit abfinden, daß die Kommission ihre Sommerfrische in Allenstein zu Ende genießt.

Die Lösung, die der Weichselfrage gegeben werden soll, ist freilich eine sehr ernste Sache. So ist nicht nur eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der Weichselbevölkerung und eine Aufhebung des uns im Vertrag von Versailles zugewiesenen freien Zutrittes zur Weichsel, sondern sie besteht ganz offenkundig die ganze Weichselniederung mit dem Untergange. Die Polen würden in ihrer bekannten Radikalität nicht nur nichts für die Erhaltung des für die ganze Weichselniederung lebenswichtigen Deichschutzes tun, sie würden vielmehr zweifellos absichtlich die Weichselniederung des Gutsatz übersteuern, zu erlaufen. Zweifellos hat sich die Interalliierte Kommission in Warschau einer schweren Unterfassung schuldig gemacht, wenn sie auf diese Verhältnisse nicht mit dem notwendigen nachdrücklichen Ernst hingewiesen hat. Wenn sie den Angaben der einheimischen Sachverständigen mißtraute, so wäre es ihre Pflicht gewesen, das Gutachten neutraler z. B. niedersächsischer Sachverständiger einzuhören, die in der Lage gewesen wären, ein unparteiisches Urteil darüber abzugeben, daß es einfach ein unmögliches Zustand ist, der am grünlich lila geschilderten werden soll, indem man die Deiche und das Hinterland voneinander trennt.

Aber auch diese Frage tut für den Augenblick in den Hintergrund vor der Frage des militärischen Grenzbaus unserer Heimat angesichts des Krieges an unseren Grenzen. Unser Abstimmungsgebiet befindet sich in einer Lage, wie sie erster nicht gedacht werden kann. Unmittelbar an unserer Grenze liegt augenblicklich der Schwerpunkt der Kämpfe, indem offenbar die bolschewistische Heeresavallie hier den polnischen linken Flügel zu überfliegen sucht. Die Polen, welche die Linie von Grajewo zu halten beabsichtigen, haben in ihrem letzten Tagesbericht angekündigt, daß sie Unternehmungen eingeleitet hätten, diese Linie, die ihnen durch das stürmische Vordringen der bolschewistischen Heeresavallie verloren gegangen war, zurückzugewinnen. Es ist also hart an unserer Grenze mit heftigen Kriegskämpfen zu rechnen, jede Stunde kann uns den Übergang polnischer oder bolschewistischer Truppen bringen, die abgeschnitten und über die Grenze gedrängt werden.

Die Interalliierte Kommission trägt heute noch die volle Verantwortung für das ihrem Schutz übertrauten Abstimmungsgebiet. Was hat sie für diesen Schutz getan? Nichts. Sie hat sogar das eine Bataillon Italiener, das in Lübeck lag, von dort weg nach Allenstein gespien, und so gerade den am meisten gefährdeten Kreis völlig preisgegeben.

Aber die Kommission hat nicht nur nichts zum Schutz unserer Grenze getan, sondern sie hat uns bisher gehindert, selbst den Schutz unserer Grenze und die Sicherung unserer Neutralität durchzuführen. Unsere Reichsregierung hat in Paris die Zustimmung nachgeholzt, unsere Grenze durch Reichswehr und Truppenabteilungen zu schützen. Darauf ist bis heute keine Antwort eingetroffen. Die französische Zeitungsmeldung, daß dieses Erfüllen abgelehnt worden sei, ist durchaus unbefähigt.

Die Zeit drängt. Und die Bevölkerung unseres Abstimmungsgebietes erwartet, daß die Interalliierte Kommission auf eigene Verantwortung handelt. Die Kommission versieht sich einmal in die Lage unserer Grenzbevölkerung, und sie wird diesen Wunsch unbedingt begreiflich finden. Die Verantwortung, die die Kommission durch